**Briefkopf der allgemeinen Schule**

Herrn/Frau

Adresse der Eltern……

Datum

**Schulbesuch Ihrer Tochter …../Ihres Sohnes …….;**

Sehr geehrte Frau …, sehr geehrter Herr ….

mit Schreiben vom *(Datum der Einladung)* habe ich zum *(Datum Förderausschusssitzung)* einen Förderausschuss einberufen, zu dem auch Sie eingeladen waren. Nach Beratung hat der Förderausschuss einvernehmlich empfohlen, bei Ihrem Kind einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung mit dem Förderschwerpunkt \_\_\_\_\_\_\_\_. Dabei wurden die Ihnen durch das Protokoll des Förderausschusses bekannten Förderempfehlungen gegeben.

Ich teile Ihnen hiermit im Benehmen mit dem Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt/M. mit, dass bei XXX (Name der Schülerin/ des Schülers) ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ besteht (§ 50 Abs.3 Hessisches Schulgesetz).

Über den künftigen Förderort wird das Staatliche Schulamt nach Ihrer Anhörung entscheiden.

Mit freundlichem Gruß

*Schulleiter/in)*

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der Schule oder beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt/M., Stuttgarter Str. 18-24, 60329 Frankfurt/M., Widerspruch eingelegt werden. (Vorsprache beim Staatlichen Schulamt nur nach vorheriger Terminabsprache möglich!)

Die Frist ist nur gewahrt, wenn der Widerspruch tatsächlich vor ihrem Ablauf bei der Schule oder beim Staatlichen Schulamt eingeht. Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

**Hinweis:**

Nach dem Hessischen Verwaltungskostengesetz werden im Widerspruchsverfahren Verwaltungskosten erhoben. Im Falle eines erfolglosen Widerspruchs sind die mit der Amtshandlung (Erteilung eines Widerspruchsbescheides) verbundenen Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagenpauschale von zurzeit insgesamt 100,00 € von Ihnen zu zahlen.

***In Durchschrift***

**BFZ-Leitung**

**Klassenlehrkraft**

**Vertreter des Schulträgers** *sofern gem. § 54 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 der Unterricht besondere räumliche und sächliche Leistungen erfordert.*

mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

**Staatliches Schulamt Frankfurt/M. I-K**

Mit Bitte um Entscheidung

**laut Förderausschuss zu Beteiligende (bspw. andere allg. Schule)**

mit der Bitte um Kenntnisnahme